

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 11 | 16.03.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 5/2018](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Gesetzliche Budgetprovisorium 2018** und das **Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020** geändert werden (Anpassungen an die Kompetenzverschiebungen durch die BundesministerienG-Novelle 2017 insbesondere durch Änderungen in der Budgetstruktur, Bezeichnungsänderungen, Umschichtung von Detailbudgets sowie Anpassungen im Personalplan; Verrechnungsanordnung zur Sicherstellung der Verrechnung mit 01.01.2018; Einrichtung einer Möglichkeit zur flexiblen Umschichtung von Personal ohne Verursachung von Kostenerhöhung und Personalvermehrung; Nachziehung der für den Vollzug des gesetzlichen Budgetprovisoriums maßgeblichen Obergrenzen des BundesfinanzrahmenG 2017 bis 2020 in Anpassung an die aus der BundesministerienG-Novelle 2017 resultierenden Budgetumschichtungen; keine Veränderung der Gesamtsumme der Auszahlungsobergrenze 2018)

[BGBl II 43/2018](#)

Änderung der **Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichtshofes**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 70 v 13.03.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/336 der Kommission vom 8. März 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 748/2009 über die Liste der Luftfahrzeugbetreiber, die am oder nach dem 1. Januar 2006 einer **Luftverkehrstätigkeit** im Sinne von Anhang I der Richtlinie 2003/87/EG nachgekommen sind, mit Angabe des für die einzelnen **Luftfahrzeugbetreiber** zuständigen Verwaltungsmitgliedstaats

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

26.02.2018, [V 45/2017](#)

EstG; VO des Bundesministers für Finanzen über die Aufstellung von Durchschnittssätzen für Werbungskosten von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen; Aufhebung einer Wortfolge der Verordnung über die Aufstellung von **Durchschnittssätzen für Werbungskosten** von Angehörigen bestimmter Berufsgruppen betreffend **Ausnahmen vom Abzugsverbot** für Werbungskosten für Vertreter mangels gesetzlicher Grundlage

26.02.2018, [E 3656/2017](#)

BFA-VerfahrensG; Anlassfall zu VfGH 26.09.2017, [G 134/2017 ua](#)

27.02.2018, [E 2927/2017](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des Antrags auf **subsidiären Schutz** und Erlassung einer **Rückkehrentscheidung** betreffend einen der turkmenischen Volksgruppe sowie der sunnitischen Religionsgemeinschaft zugehörigen irakischen Staatsangehörigen mangels hinreichender Auseinandersetzung mit der Frage seiner Sicherheit nach der Rückkehr in den Irak; teils Ablehnung der Beschwerdebehandlung

28.02.2018, [K I 5/2017](#)

Post-Betriebsverfassungsg; Bundes-Dienstrechtsg; Entscheidung eines **verneinenden Kompetenzkonflikts zwischen dem OGH und dem VfGH;** Feststellung der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte betreffend den Anspruch eines Beamten auf ungekürzte Auszahlung einer Überbrückungsleistung aus einer Betriebsvereinbarung nach dem Post-Betriebsverfassungsg

01.03.2018, [V 109/2017](#)

Beschluss des Stadtssenates vom 07.12.1970 „über die Gewährung von **Remunerationen aus Anlaß von Dienstjubiläen**“; **Wr BesoldungsO;** Gesetzwidrigkeit eines Beschlusses des Wr Stadtssenats über die **Gewährung von Remunerationen aus Anlass von Dienstjubiläen** betreffend die Berücksichtigung anrechenbarer Dienstzeiten; Verbot der unterschiedlichen Anrechnung von Vordienstzeiten bei Gebietskörperschaften und Gemeindeverbänden

01.03.2018, [E 4354/2017](#)

Adelsaufhebungsg; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch amtswegige Änderung einer Eintragung im **Geburtenbuch;** **Löschung des Adelszeichens „von“** unabhängig von tatsächlichem historischem Adelsbezug angesichts des damit verbundenen Anscheins einer adeligen Herkunft und entsprechender Vorrechte verhältnismäßig

07.03.2018, [G 136/2017 ua](#)

Nö Mindestsicherungsg; Aufhebung von Bestimmungen des Nö Mindestsicherungsg betreffend die von der Dauer des Aufenthalts abhängige **Differenzierung des Anspruchs auf bedarfsorientierte Mindestsicherung** sowie die starre Deckelung der Bezugshöhe bei Haushalten mit mehreren Personen; teilweise Zurückweisung der Gerichtsanträge wegen unzulässigen Anfechtungsumfangs bzw mangels Präjudizialität

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

25.01.2018, [Ra 2017/16/0056](#)

Straßenverkehrso; bei einer ein größeres Gebiet umfassenden **Kurzparkzone** genügt die **Anbringung von entsprechenden Straßenverkehrszeichen** an allen Ein- und Ausfahrtsstraßen in das betreffende Gebiet; ist eine Kurzparkzone nicht auf das Gebiet eines Wiener Gemeindebezirks beschränkt, sondern umfasst diese mehrere Bezirke, dann reicht es aus, wenn

entsprechenden Straßenverkehrszeichen an den Rändern des Kurzparkzonengebiets angebracht sind; an den Bezirksgrenzen, die nicht Grenzen der Kurzparkzone sind, sind keine entsprechenden Verkehrszeichen erforderlich

19.02.2018, [Ra 2015/07/0074](#)

ImmissionsschutzG-Luft; Luftqualitäts-RL; ggst stellte eine in Österreich **anerkannte Umweltorganisation** einen Antrag an den zuständigen LH, „geeignete Maßnahmen zur schnellstmöglichen Einhaltung der Immissionsgrenzwerte für NO₂“ in einem Bundesland bzw an näher genannten Messstellen zu erlassen; eine anerkannte Umweltorganisation ist legitimiert, einen **Antrag auf Erlassung geeigneter Maßnahmen zur Einhaltung der Immissionsgrenzwerte** nach dem ImmissionsschutzG-Luft bzw der Luftqualitäts-RL durch die zuständige Behörde zu stellen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 14.02.2018, [LVwG-2017/12/1490-3](#)

Tir WaldO; die Gemeinden werden gem § 10 Abs 1 Tir WaldO (idF vor der Novelle LGBl 133/2017) ermächtigt, zur teilweisen **Deckung des Personalaufwands** für die Gemeindeforstwirtschaft eine **jährliche Umlage** aufgrund eines Beschlusses des Gemeinderats zu erheben; gem Abs 2 leg cit hat der Gemeinderat hierfür den Gesamtbetrag der Umlage jährlich bis spätestens 1. April durch VO festzusetzen; aus dem Gesetzeswortlaut ergibt sich eindeutig, dass nicht das Vorliegen des Gemeinderatsbeschlusses ausreicht, sondern dass es einer **Festsetzung durch VO** bedarf; VO gehören mit ihrem Inkrafttreten dem Rechtsbestand an, davor handelt es sich lediglich um einen Willensbeschluss des zuständigen VO-Gebers; damit dieser Beschluss zu einer nach außen wirksamen generellen Norm und damit zur VO wird, bedarf es deren Inkrafttretens

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

13.03.2018, [Rs C-244/16 P, Industrias Químicas del Vallés / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Pflanzenschutzmittel** – Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 – Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten – Aufnahme des Wirkstoffs Metalaxyl in diese Liste – **Nichtigkeitsklage** – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – Individuell betroffene Person

13.03.2018, [Rs C-384/16 P, European Union Copper Task Force / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Pflanzenschutzmittel** – Durchführungsverordnung (EU) 2015/408 – Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln und Erstellung einer Liste mit Substitutionskandidaten – Aufnahme des Wirkstoffs ‚Kupferverbindungen‘ in diese Liste – **Nichtigkeitsklage** – Zulässigkeit – Art 263 Abs 4 AEUV – Rechtsakt mit Verordnungscharakter, der keine Durchführungsmaßnahmen nach sich zieht – Individuell betroffene Person

14.03.2018, Rs C-482/16, Stollwitzer

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Art 45 AEUV – Verbot der Diskriminierung wegen des Alters – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 21 Abs 1 – Richtlinie 2000/78/EG – Art 2, 6 und 16 – Vorrückungsstichtag – Diskriminierende Regelung eines Mitgliedstaats, wonach bei der Gehaltsermittlung die Anrechnung von Beschäftigungszeiten vor Vollendung des 18. Lebensjahrs ausgeschlossen ist – Aufhebung der dem **Gleichbehandlungsgrundsatz** zuwiderlaufenden Vorschriften

14.03.2018, Rs C-557/16, Astellas Pharma

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/83/EG – **Humanarzneimittel** – Art 28 und 29 – Dezentralisiertes Genehmigungsverfahren für das Inverkehrbringen eines Arzneimittels – Art 10 – **Generikum** – Unterlagenschutzfrist des Referenzarzneimittels – Befugnis der zuständigen Behörden der betroffenen Mitgliedstaaten, den Zeitpunkt des Beginns der Schutzfrist festzulegen – Befugnis der Gerichte der betroffenen Mitgliedstaaten, die Festlegung des Zeitpunkts des Beginns der Schutzfrist zu überprüfen – Wirksamer gerichtlicher Rechtsschutz – **Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Art 47

15.03.2018, Rs C-256/16, Deichmann

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zulässigkeit – **Antidumpingverfahren** – Gültigkeit einer Verordnung zur Durchführung eines Urteils des Gerichtshofs, mit dem frühere Verordnungen für ungültig erklärt wurden – Durchführungspflicht – Rechtsgrundlage – Verordnung (EG) Nr 1225/2009 – Art 14 – Festlegung der Modalitäten für die Erhebung von **Antidumpingzöllen** durch die Mitgliedstaaten – Anordnung an die nationalen Zollbehörden, die Erstattung von Antidumpingzöllen auszusetzen – Wiederaufnahme des Verfahrens, das den für ungültig erklärten Verordnungen vorausgegangen ist – Art 10 – Rückwirkungsverbot – **Zollkodex** der Gemeinschaften – Art 221 – Verjährung – Art 236 – Erstattung nicht geschuldeter Abgaben

15.03.2018, Rs C-355/16, Picart

Vorlage zur Vorabentscheidung – Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die **Freizügigkeit** – Direkte Besteuerung – Verlegung des Wohnsitzes von einem Mitgliedstaat in die **Schweiz** – **Besteuerung** der nicht realisierten Wertsteigerungen im Zusammenhang mit den wesentlichen Beteiligungen am Kapital von Gesellschaften mit Sitz im Herkunftsmitgliedstaat im Rahmen einer solchen Verlegung – Anwendungsbereich des Abkommens

15.03.2018, Rs C-431/16, Blanco Marqués

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wandererwerbstätigen** – Verordnung (EWG) Nr 1408/71 – Art 2, 46a bis 46c – Leistungen gleicher Art – Begriff – Antikumulierungsvorschrift – Begriff – Voraussetzungen – Nationale Regelung, die eine Zulage zur Rente wegen dauerhafter vollständiger **Berufsunfähigkeit** für Arbeitnehmer vorsieht, die mindestens 55 Jahre alt sind – Ruhen der Zulage im Fall einer Beschäftigung oder des Bezugs einer **Altersrente**

15.03.2018, Rs C-470/16, North East Pylon Pressure Campaign und Sheehy

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Umweltverträglichkeitsprüfung** bei bestimmten Projekten – Richtlinie 2011/92/EU – Recht der Mitglieder der betroffenen Öffentlichkeit auf ein Überprüfungsverfahren – Verfrühter Rechtsbehelf – Begriffe des nicht übermäßig teuren Verfahrens und der Entscheidungen, Handlungen oder Unterlassungen, für die die Bestimmungen der Richtlinie über die Öffentlichkeitsbeteiligung gelten – Anwendbarkeit des Übereinkommens von Aarhus

15.03.2018, Rs C-104/17, Cali Esprou

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 94/62/EG – **Verpackungen** und **Verpackungsabfälle** – Verwertung und Recycling von Abfällen – Beitrag zu einem nationalen **Umweltfonds** – Inverkehrbringen von verpackten Waren und Verpackungen auf dem nationalen Markt, ohne auf diese einzuwirken – Verursacherprinzip – Verursachereigenschaft

B. SCHLUSSANTRÄGE

13.03.2018, Rs C-52/17, VTB Bank (Austria) (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsersuchen – Angleichung von Rechtsvorschriften – **Aufsicht** über Kreditinstitute – Richtlinie 2013/36/EU – Verordnung (EU) Nr 575/2013 – Verordnung (EU) Nr 468/14 – Aufsichts- und Sanktionsbefugnisse – **Großkreditobergren-**

zen – Regelung eines Mitgliedstaats, die bei Überschreitung der Großkreditobergrenzen die Vorschreibung von Zinsen vorsieht

C. GERICHT

15.03.2018, T-1/17, La Mafia Franchises / EUIPO - Italie (La Mafia SE SIENTA A LA MESA)

Unionsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Unionsbildmarke** La Mafia SE SIENTA A LA MESA – Absolutes Eintragungshindernis – Verstoß gegen die **öffentliche Ordnung** oder gegen die **guten Sitten** – Art 7 Abs 1 Buchst f der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst f der Verordnung [EU] 2017/1001)

15.03.2018, T-205/17, SSP Europe/ EUIPO (SECURE DATA SPACE)

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionsbildmarke** SECURE DATA SPACE – Absolutes **Eintragungshindernis** – Beschreibender Charakter – Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst c der Verordnung [EU] 2017/1001)

15.03.2018, T-279/17, Hermann Bock/ EUIPO (Push and Ready)

Unionsmarke – Anmeldung der **Unionsbildmarke** Push and Ready – Absolutes **Eintragungshindernis** – Fehlende Unterscheidungskraft – Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung (EG) Nr 207/2009 (jetzt Art 7 Abs 1 Buchst b der Verordnung [EU] 2017/1001)

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

13.03.2018, Beschwerde Nr 10839/09, *Ebedin Abi / Türkei*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter und unmenschlicher Behandlung); **Verschlechterung** des **Gesundheitszustands** eines Häftlings (Bf), weil er im Gefängnis die Mahlzeiten nicht entsprechend seiner vom Arzt verordneten Diät bekam; **fehlende Sicherstellung** angemessener Haftbedingungen durch die nationalen Behörden; **Verletzung** des **Art 3 EMRK**

13.03.2018, Beschwerde Nr 51168/15, *Stern Taulats and Roura Capellera / Spanien*

Verletzung von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); **Verurteilung** zweier Katalanen (Bf) zu **Geldstrafen** wegen der Verbrennung eines Fotos des spanischen Königspaares bei einer Demonstration; mit der Verbrennung des Fotos wollten die Bf **Kritik an der Monarchie** äußern; kein Aufruf zu Hass oder Gewalt durch die Bf; die Handlung war provokant, aber von der Meinungsäußerungsfreiheit gedeckt; **Verletzung** von **Art 10 EMRK**; Spanien muss den Bf die Geldstrafen iHv 2.700 € zurückerzahlen und eine Entschädigung von 4.500 € pro Person leisten

15.03.2018, Beschwerde Nr 51357/07, *Nait-Liman / Schweiz (GK)*

Keine Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Klage auf Schadenersatz** durch den Bf gegen den tunesischen Innenminister wegen der **erlittenen Folter** in Tunesien; die Klage brachte der Bf vor einem Gericht in Genf ein; wegen **mangelndem Bezug zur Schweiz** wurde die Klage für unzulässig erklärt; Schweizer Gerichte müssen nicht zwingend auf Entschädigungsklagen von Folteropfern gegenüber Drittstaaten eingehen; **keine Verletzung** von **Art 6 EMRK**; Urteil vom 21.06.2016 von der Großen Kammer bestätigt

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.